

Studie Dossier Ärzte

Ärzte zwischen Patientensorgen und Reformdruck

Köln, 2. April 2008 - Eine neue Studie zu den Trends im Arztberuf haben die Deutsche Ärzteversicherung, die DBV-winterthur und das FAZ-Institut veröffentlicht. Zentrale Ergebnisse: Die Landkarte der medizinischen Versorgung wird löchrig, und Einnahmerückgänge gefährden die Existenz vieler Niedergelassener.

Nach wie vor sind die Ärzte mit den Arbeitsbedingungen, der Vergütung ärztlicher Leistungen und vor allem der Bürokratie sehr unzufrieden. Dies gilt sowohl für die angestellten Ärzte in Krankenhäusern als auch für die niedergelassenen Ärzte. Auch in nächster Zukunft wird sich der Status quo nicht nachhaltig ändern. Das gesamte Gesundheitswesen befindet sich in einem Umbruch. Der verunsichert Patienten und Mediziner gleichermaßen. Angestellte und niedergelassene Ärzte organisieren sich stärker als bisher in Verbänden, um im Dialog mit dem Gesetzgeber und den anderen Entscheidungsträgern im Gesundheitswesen möglichst gute Ergebnisse zu erzielen.

In welche Richtung wird sich die medizinische Versorgung in Deutschland entwickeln? Welche Trends erkennen die Ärzte in den kommenden drei Jahren für den eigenen Berufsstand? Wie bewerten sie die Vorgaben der jüngsten Gesundheitsreform, und in welchem Maße fühlen sich Niedergelassene und Krankenhausärzte in ihrer täglichen Arbeit eingeschränkt? Die Deutsche Ärzteversicherung, die DBV-winterthur und das F.A.Z.-Institut zeigen in der Studie „Dossier Ärzte“ die Zukunftsaussichten der Mediziner und ihre Forderungen an den Gesetzgeber auf. Die Studie basiert auf einer repräsentativen Befragung von Ärzten und Zahnärzten aus dem ambulanten und stationären Sektor. Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

Die Patienten sind durch die Auswirkungen der Gesundheitsreform verunsichert

Mehr als acht von zehn Mediziner werden häufig von ihren Patienten auf die Auswirkungen der jüngsten Ge-

sundheitsreform angesprochen. Diese Gespräche drehen sich häufig um konkrete Fragen zu den einzelnen Bestandteilen der Reform. Die Fragen der Patienten belegen die vorherrschende allgemeine Verunsicherung vor allem über die Konsequenzen der Reform auf die persönliche Situation. Zudem werden die Ärzte nach deren persönlicher Einschätzung zur zukünftigen medizinischen Versorgung und zur Bewertung der Gesundheitsreform um Rat gefragt.

Mediziner lehnen zum Wohle der Patienten Eingriffe in die Therapiefreiheit und Budgetkürzungen ab

Die Mehrheit der Mediziner will sich den eigenen Handlungsspielraum bei der Behandlung und Therapierung von Patienten generell nicht vom Gesetzgeber und von den gesetzlichen Krankenkassen einschränken lassen. Die Ärzte fordern, dass das Wohl der Patienten die geltende Messlatte im Gesundheitssystem sein müsse. Am größten ist der Widerstand gegen die Rationalisierungsmaßnahmen des Gesetzgebers und der Krankenkassen bei der Arzneimittelverschreibung und der therapeutischen Behandlung. Vor allem die Zahn- und Kassenärzte, die eine Einzelpraxis betreiben, lehnen mit überwiegender Mehrheit die geltenden Budgets und Leistungskataloge der Krankenkassen ab. Nur jeder vierte Arzt toleriert Kostenlimits der Kassen beim Zahnersatz.

Ärzte sehen die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Kliniken kritisch

Im Krankenhaussektor setzt sich nach Ansicht der Ärzte die Konsolidierung fort. Kliniken schließen sich zusammen, private Betreiber übernehmen öffentliche Häuser. Privatkliniken werden viel stärker nach marktwirtschaftlichen Prinzipien betrieben. Deshalb fördern sie auch die Gründung und den Aufbau von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Die fortschreitende Privatisierung stößt bei den Ärzten im stationären Bereich auf wenig Gegenliebe, denn die Konsolidierung unter Krankenhäusern beschleunigt den Abbau von Arbeitsplätzen. Zugleich sträuben sich die Niedergelassenen dagegen, dass die Grenzen zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich immer niedriger werden.

Niedergelassene Ärzte sehen sich durch die Teilöffnung des ambulanten Bereichs für Kliniken und Medizinische Versorgungszentren bedroht

Die meisten Mediziner in Kliniken wollen in Zukunft mehr ambulante Leistungen erbringen dürfen. Doch die überwiegende Mehrheit der niedergelassenen Ärzte lehnt eine weitere Öffnung des ambulanten Bereichs für statio-

näre Leistungserbringer rundweg ab. Die Niedergelassenen äußern sich auch distanziert über die Medizinischen Versorgungszentren (MVZ), die sie als Konkurrenz zur eigenen Praxis betrachten. Statt dessen kann sich ein Teil der Niedergelassenen vorstellen, weitere Filialpraxen mit angestellten Ärzten in anderen Kommunen zu eröffnen. Vor allem die ostdeutschen Ärzte erwarten, mittelfristig intensiver mit Pflege- und Assistenzberufen zu kooperieren.

Dramatischer Ärztemangel bedroht die medizinische Versorgung

Fast neun von zehn Medizinern erwarten, dass sich der Personalengpass in der medizinischen Versorgung bis 2010 verschärft. Immer mehr junge Ärzte wollen Deutschland verlassen und ihren Beruf im Ausland ausüben. Hierzulande halten die überbordende Bürokratie und die mäßigen Verdienstaussichten viele Aspiranten davon ab, den Arztberuf zu ergreifen. Leidtragende sind die Patienten, vor allem diejenigen in ländlichen Regionen im Osten. Hier wächst der Ärztemangel dramatisch. Bereits heute lässt sich die medizinische Versorgung in manchen Regionen nicht mehr flächendeckend sicherstellen.

Mangels Nachfolger müssen immer mehr Praxen schließen

Fast alle befragten Mediziner erwarten, dass bis 2010 immer mehr Praxen von niedergelassenen Ärzten mangels eines Nachfolgers schließen müssen. Die unsichere Einkommenslage für Niedergelassene angesichts der Entwicklungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung erhöht das finanzielle Risiko junger Ärzte bei der Praxisfinanzierung. Schließungen wird es vor allem in dünnbesiedelten Regionen geben. In strukturschwachen Gebieten ist der Anteil privat versicherter Patienten ohnehin besonders niedrig. Deshalb werden hier schon heute Alternativen zur Einzelpraxis des Hausarztes erprobt. Künftig werden in Kleinstädten Niedergelassene und arztnahe Berufe öfter miteinander kooperieren.

Rückläufige Einnahmen aufgrund der Reformen veranlassen Kassenärzte, ihre Zulassung zurückzugeben

Die niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte erwarten in den nächsten drei Jahren geringere Einnahmen aus ihrer selbständigen Tätigkeit. Vor allem die Kassenärzte stellen sich auf rückläufige Einnahmen aus der Behandlung von Kassenpatienten ein. Hier prognostiziert jeweils fast jeder zweite Mediziner für die nächsten drei Jahre finanzielle Einbußen, sei es durch weitere Leistungskürzungen der

Kassen, sei es durch neue Abrechnungsmodelle. Deshalb werden voraussichtlich mehr Kassenärzte als bislang bis 2010 freiwillig ihre Zulassung den Kassenärztlichen Vereinigungen zurückgeben. Statt dessen werden sich mehr Niedergelassene fachlich spezialisieren und nur noch Privatpatienten behandeln.

Jeder zweite Mediziner fürchtet, wegen Behandlungsfehlern von Patienten juristisch belangt zu werden

Neben den finanziellen Risiken ihres Berufs rechnen die Ärzte in den nächsten Jahren insbesondere mit juristischen Problemen. An erster Stelle steht dabei das Risiko, von den eigenen Patienten für Behandlungsfehler juristisch belangt zu werden. Fast jeder zweite Mediziner fürchtet künftig gerichtliche Klagen von Patienten wegen Komplikationen, die nach einer Behandlung aufgetreten sind. Jeder dritte Befragte sieht für sich in den kommenden drei Jahren das Risiko grober Behandlungsfehler.

* * *